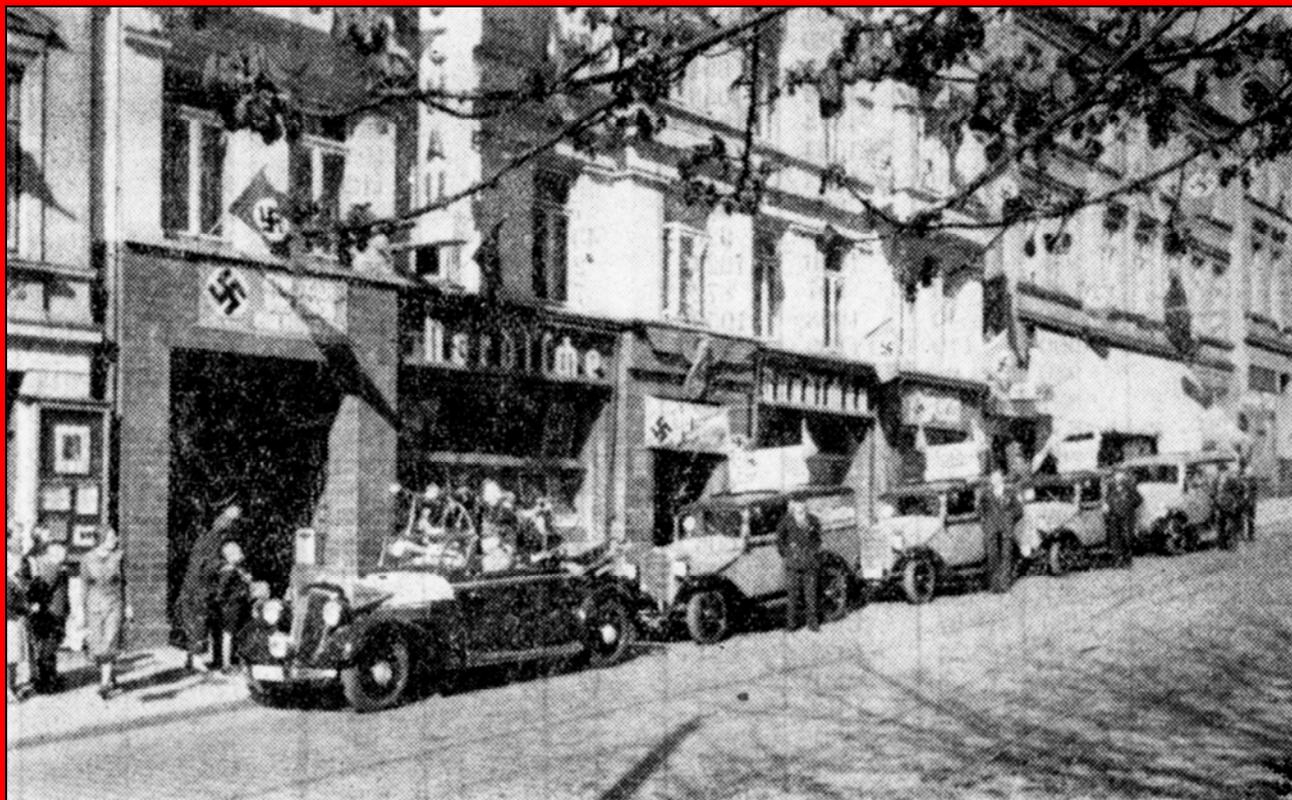


# **Schleswig-Holsteinische Zeitungen und der Nationalsozialismus**

## **Überblick und Kartografie**



**Sonderveröffentlichung des AKENS E.V., 2009**

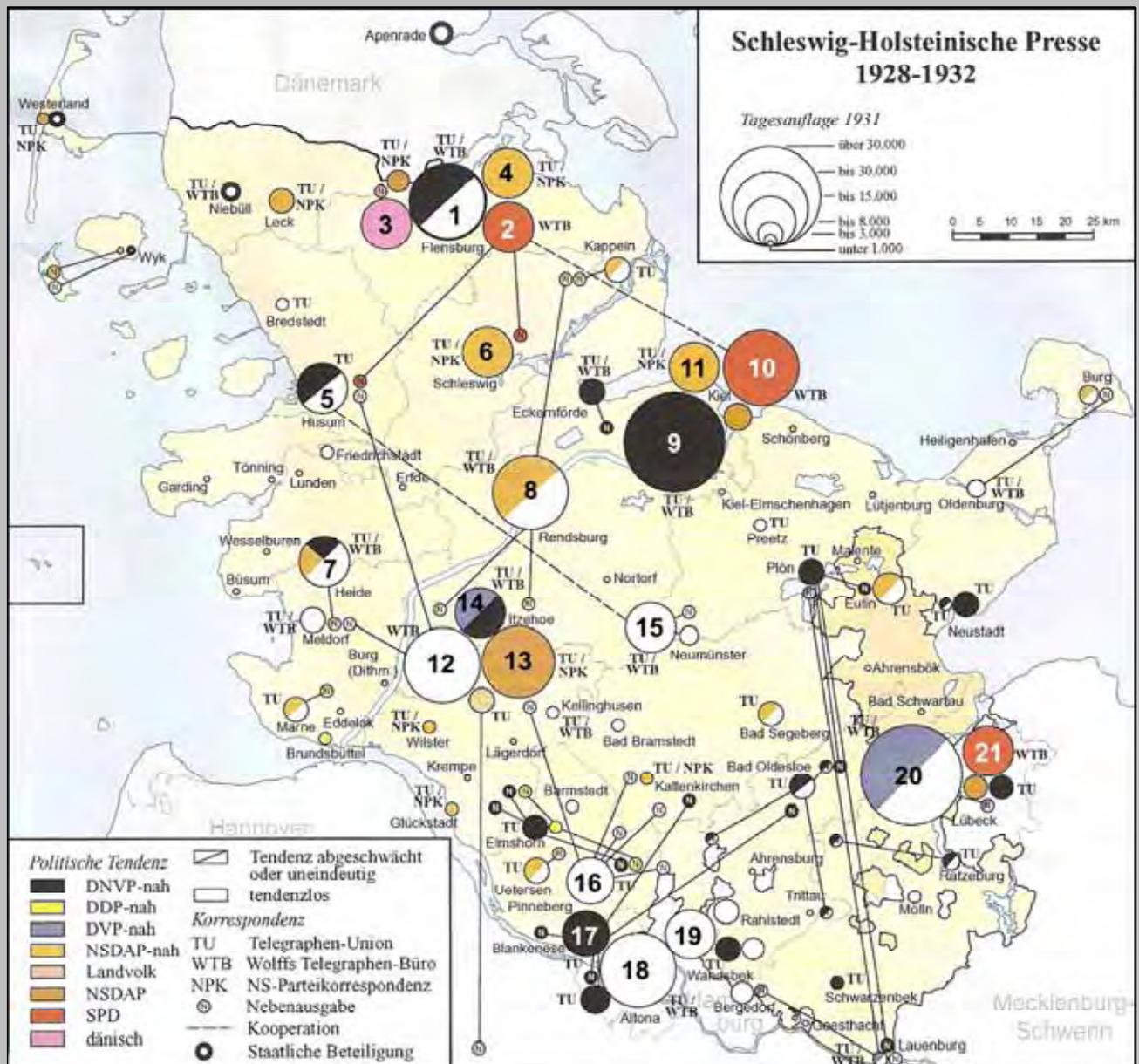
## **Schleswig-Holsteinische Zeitungen in der Weimarer Republik**

1928 erschienen knapp 100 Zeitungen in Schleswig-Holstein und nur knapp 1/3 aller Blätter verfügte über eine Druckauflage von mindestens 3.500 Exemplaren. Alle anderen Zeitungen wurden in Stückzahlen von 300 bis 3.000 Exemplaren mit einem Umfang von häufig nur 4 bis 6 Seiten verlegt, wobei viele dieser von Kleinverlegern herausgegebenen lokalen Heimatblätter lediglich bessere Anzeigenblätter ohne einen größeren redaktionellen Teil darstellten. Die Titelvielfalt von 100 Zeitungen ging nicht gleichzeitig mit einer Vielfalt der politischen Meinungen einher, denn gerade die kleineren Heimatblätter griffen lediglich auf die für sie finanziell am günstigsten vorgefertigten Nachrichtenblöcke (so genannte Materndienste) der Hugenbergschen Telegraphenunion zurück. Dagegen leistete sich die Generalanzeigerpresse, das heißt größere Zeitungen mit mindestens 10.000 Exemplaren Auflage, häufiger die Dienste verschiedener Nachrichtenagenturen sowie das Personal für eigenständige Berichte und Kommentare. Die Parteizeitungen der SPD, KPD und NSDAP setzten je nach politischer Ausrichtung auf Eigenberichte sowie private und staatliche Pressedienste, konnten aber in der Regel zahlenmäßig nicht einmal alle ihre eigenen Anhänger als Leserschaft gewinnen. Regional kann von einer relativen Meinungsvielfalt nur in den Städten Flensburg, Kiel, Altona sowie dem Lübecker und Hamburger Raum gesprochen werden. Dagegen standen in den zumeist ländlich geprägten Kreisgebieten selten mehrere Titel zur Auswahl, wobei die politische Ausrichtung zumeist eine bürgerlich-konservative blieb. Liberal-demokratische oder sozialdemokratische Zeitungen stellten hier die Ausnahme dar, die Mehrzahl der Zeitungen blieb kaiserzeitlich-obrigkeitsstaatlichem Denken verhaftet und vertrat deutschnationale Positionen.

Im Jahr 1929 erschienen fünfzehn Tageszeitungen mit einer Mindestauflage von 10.000 Exemplaren, darunter als führende Leitmedien in der Region die Kieler Neuesten Nachrichten (KNN) mit einer Auflage von 70.000 Stück täglich und der Lübecker Generalanzeiger (LGA) mit 43.000 Exemplaren. Beide bürgerlichen Blätter unterstützten das rechte Parteienspektrum: die KNN durchgehend die DNVP, der LGA über lange Zeit die DVP, später die nationale Opposition einschließlich der NSDAP. Ähnlich sah es für den Nordischen Kurier (21.800 Auflage) und die Itzehoer Nachrichten (11.500), die Flensburger Nachrichten (20.000), die Blankeneser Norddeutschen Nachrichten (17.000 / 1933), den Heider Anzeiger (10.000) und den Wandsbeker Boten (10.000) aus. Im Kern traten die wichtigsten Zeitungen der Provinz Schleswig-Holstein für bürgerlich-konservative bis reaktionär-rechte Positionen ein oder beförderten bis 1930/32 bürgerliche Interessenparteien, wie etwa die Schleswig-Holsteinische Landeszeitung aus Rendsburg (24.200 Auflage). Eher selten fanden sich liberal-demokratische Positionen (Altonaer Nachrichten, 20.000) und auch die SPD konnte mit ihrer die Republik unterstützenden Position lediglich in Kiel (28.000 Auflage) und Lübeck (14.000) eine größere Leserschaft an sich binden. Auch die KPD erreichte mit ihrer Norddeutschen Zeitung, einem Ableger der Hamburger Volkszeitung (Auflagenhöhe unbekannt) nur in den (groß-)



## Schleswig-Holsteinische Presse: Politische Tendenz 1928-1932 und Druckauflage 1931



### Lesehilfe:

Im Kieler Großraum erschienen 1931 die DNPV-nahen Kieler Neuesten Nachrichten (KNN) mit einer Tagesauflage von 70.000 Exemplaren. Das Blatt griff sowohl auf den liberalen Nachrichtendienst Wolffs Telegraphen-Büro (WTB) des Ullstein-Verlags zurück als auch auf die Korrespondenz aus dem deutsch-national ausgerichteten Hugenberg-Verlag, die Telegraphen-Union (TU). Im selben Verlag wie die KNN wurde noch die Kieler Zeitung (KiZ) in einer Auflage von ca. 7-8.000 Exemplaren verlegt. Diese wandelte sich von einer DDP-nahen zu einer NSDAP-nahen bürgerlichen Zeitung und griff dementsprechend auf die konservative TU als auch die NS-Parteikorrespondenz zu.

### Aufschlüsselung der wichtigsten Zeitungen (siehe auch Tabelle auf der letzten Seite):

1) Flensburger Nachrichten, 2) Flensburger Volkszeitung, 3) Flensburg AVIS, 4) Flensburger NS-Zeitung, 5) Husumer Nachrichten, 6) Schleswiger Nachrichten, 7) Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 8) Heider Anzeiger, 9) Kieler Neueste Nachrichten 10) Schleswig-Holsteinische Volkszeitung 11) Kieler Zeitung 12) Nordischer Kurier, 13) Schleswig-Holsteinische Tageszeitung, 14) Itzehoe Nachrichten, 15) Holsteinischer Courier, 16) Pinneberger Tageblatt, 17) Norddeutsche Nachrichten, 18) Altonaer Nachrichten, 19) Wandsbeker Anzeiger, 20) Lübecker Generalanzeiger, 21) Lübecker Volksbote.

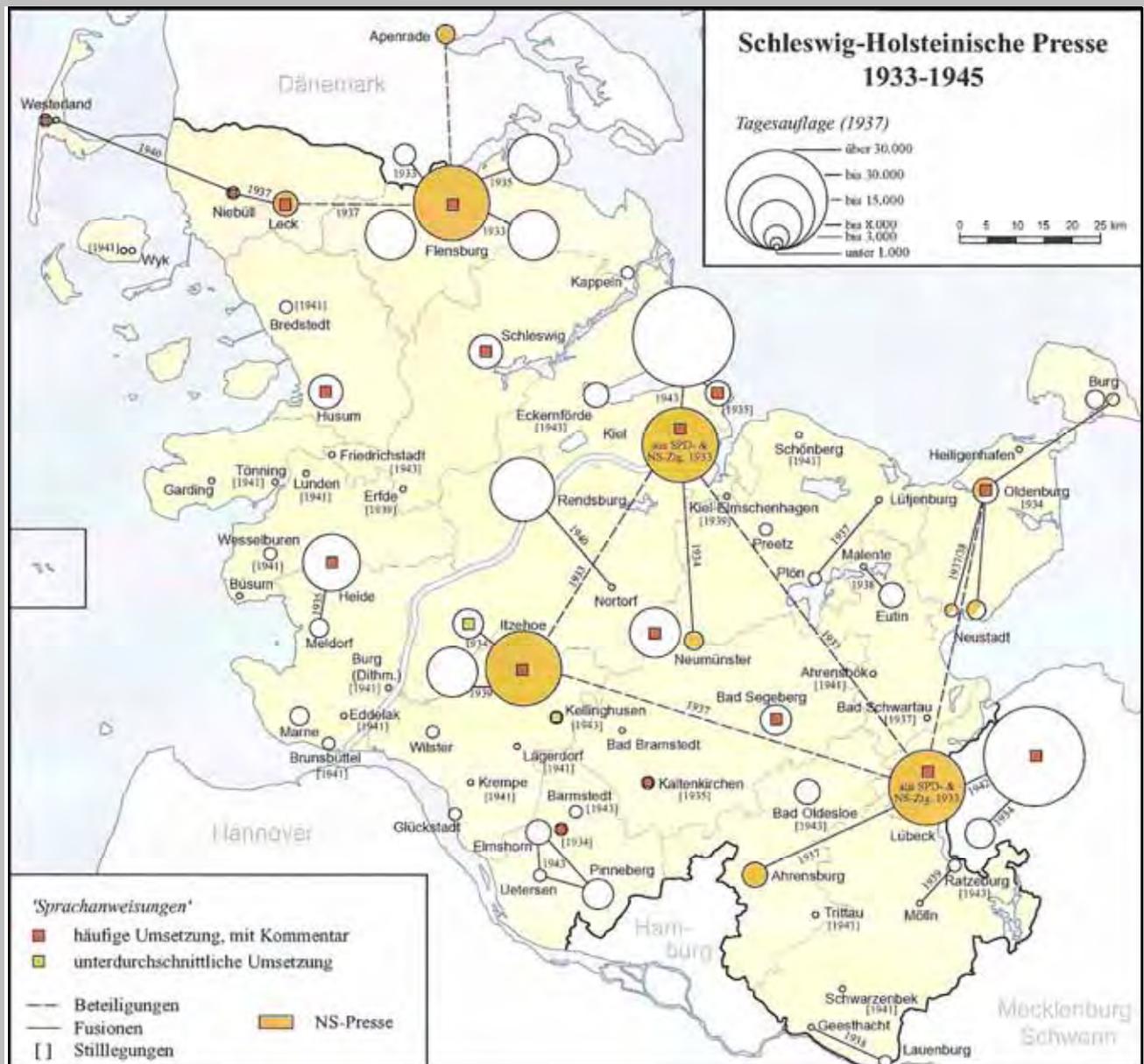


städtischen Ballungsräumen größere Leserschaften. Die Schleswig-Holsteinische Tageszeitung (SHTZ) der NSDAP aus Itzehoe blieb ein auf das Kreisgebiet Steinburg und Umgebung beschränktes Blatt und hatte 1929 lediglich eine Auflage von 2.500 Exemplaren, die sie bis 1931 auf 9.500 steigern konnte. Viel bedeutender als ihre eigene Parteizeitung waren für die NSDAP die Berichte in den anderen Heimatblättern und der Generalanzeigerpresse. Als letztere ab 1928 dazu überging, regelmäßiger im Lokalteil über NS-Veranstaltungen zu berichten, konnte sie sich auf dem Land auch außerhalb von Wahlkampfzeiten erfolgreich als lokal engagierte nationale Partei inszenieren. Dabei war es für die NSDAP hilfreich, dass auch die Heimatblätter ähnlichen Leitbegriffen wie jenen der NS-Partei folgten: Heimat und agrarromantische Bindung an Land und Scholle, Angst vor der Moderne, Marxismusfurcht, Führertum, Antisemitismus und nationalistisches Deutschtum gehörten zu den gemeinsamen Inhalten, die man teilte und die NSDAP im Heimatmilieu der kleinagrarisch strukturierten Kreisgebiete anschlussfähig machten. Die größeren Verlage entschieden sich häufig dazu, ihre kleineren Zweitblätter vor Ort auf NS-nahen Kurs zu bringen, um sich damit alle Optionen offen zu halten und um ihre Einnahmen zu steigern. So fuhr etwa die größte Zeitung, die Kieler Neuesten Nachrichten, einen DNVP-nahen Kurs, während die im selben Verlag erscheinende, sehr viel kleinere Kieler Zeitung bewusst von einer liberalen zu einer NS-befürwortenden redaktionellen Linie hin verändert wurde. Häufig wiesen die bürgerlichen Zeitungen einen überregionalen Teil auf, der auf eigene Kommentare zugunsten von deutschnationalen Nachrichtenkorrespondenzen verzichtete, sich pseudoneutral hinter Veranstaltungsberichten und Leserbriefen verschanzte und dazu überging, im Lokalteil zunehmend wohlwollender über die vor Ort immer stärker werdende NSDAP zu berichten. Kritik gegen die NS-Partei kam bis zum Herbst 1930 in der bürgerlichen Presse am ehesten noch bei den Themen Sozialisierungstendenzen des Parteiprogramms und der Straßengewalt durch die SA auf. Hierbei zeichneten sich drei Annäherungsmuster der Verleger ab: Zum ersten die Unterstützung der NSDAP als Juniorpartner der DNVP, zum zweiten der Wechsel zur NSDAP, nachdem vorher protegierte Parteien oder Verbände an Bedeutung verloren hatten und ebenfalls, nachdem zuvor unterstützte Splitterparteien bei Wahlen erfolglos geblieben waren. Dabei suchten die bürgerlichen Verleger in Schleswig-Holstein im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Krise von sich aus Kontakt zur NSDAP, verabredeten eine strategische Zusammenarbeit und verhalfen der Partei aktiv mit zu deren Durchbruch, auch und gerade im ländlichen Raum.

Bis Ende 1932 schrumpfte der Anteil der demokratisch gesinnten Presseorgane auf ein knappes halbes Dutzend Titel, und auf Seiten der bürgerlichen Verleger bestanden bestenfalls nur noch latente, dünnkelhafte Vorbehalte gegenüber einem sozialistisch-revolutionären Auftreten der Nationalsozialisten. Lediglich die SPD-Zeitungen stemmten sich noch gegen die Zerstörung der Demokratie, während in den bürgerlichen Zeitungen im Februar 1933 kaum Worte des Bedauerns über das Ende der Demokratie zu finden waren.



## Schleswig-Holsteinische Presse: Druckauflage 1937, Umsetzung der NS-Pressenanweisungen



### Nationalsozialistische Presseanweisungen

Neben die Selbstzensur der Zeitungen trat mit der Machteroberung der NSDAP die inhaltliche Gleichschaltung. Auf einer täglichen Pressekonferenz in Berlin teilte das Reichspropagandaministerium mit, wann, wie und mit welcher Kommentierung versehen Themen in den Zeitungen zu erscheinen hätten. Die auf der Pressekonferenz nicht vertretenen Zeitungen wurden per fernschriftliche Anweisungen der Reichspropagandaämter in demselben Sinne instruiert.

### Lesehilfe

In Lübeck übernahm die dortige NS-Zeitung den sozialdemokratischen Lübecker Volksboten und wurde damit zur zweitgrößten Zeitung nach dem Lübecker Generalanzeiger. Beide Blätter setzten die nationalsozialistischen Presseanweisungen überdurchschnittlich häufig um.

In Schleswig-Holstein wichen die Zeitungen selten bis nie von den Sprachanweisungen des Propagandaministeriums ab. Selbst die beiden in der Karte gekennzeichneten Blätter - die Itzehoe Nachrichten, die ab 1934 mit der Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung der NSDAP fusioniert wurden und der 1943 stillgelegte Stör-Bote aus Kellinghusen - verstießen nur selten gegen diese Richtlinien. Doch nahmen sich auch die NSDAP-Parteizeitungen das Recht heraus, von den Presseanweisungen im Einzelfall abzuweichen.



## **Die schleswig-holsteinische Presse im Nationalsozialismus**

Die Geschichte der Zeitungen bis 1945 war damit einerseits geprägt von Zensur- und Repressionsmaßnahmen, andererseits von ökonomischer Konzentration und struktureller Modernisierung auf dem Pressemarkt: Die Notverordnungen im Februar 1933 führten sowohl zum faktischen Verbot der kommunistischen Zeitungen als auch zur Aufhebung der Pressefreiheit an sich, und der NS-Gauverlag konsolidierte sich wirtschaftlich dadurch, dass die sozialdemokratischen Verlage und Druckereien zugunsten der NS-Zeitungen enteignet wurden. Während die kommunistischen Zeitungen schon nach dem Reichstagsbrand verboten worden waren, und ihren Journalisten die Verhaftung drohte, folgten nach dem März 1933 die sozialdemokratischen Redakteure sowie deren jüdische Kollegen. Mit Hilfe des Schriftleitergesetzes (1933) und der Einschränkung des Berufszuganges verstärkten die neuen Machthaber zudem auch ihren inhaltlichen Einfluss auf die noch bestehenden bürgerlichen Verlage. Doch benötigte das NS-Regime neben der Parteipresse auch und gerade die scheinbar unabhängig davon erscheinenden bürgerlichen Blätter, um in deren Lesermilieus die eigene Herrschaft positiv vermitteln zu können. Kooperation, Anpassung und Selbstgleichschaltung waren die Folge und beförderten effektiver als jeder gewalttätige Ansatz die Zustimmung zum NS-Regime. So überrascht es nicht, dass Entlassungen, Berufsverbote oder gar politische Verfolgungsmaßnahmen gegen bürgerliche Journalisten und Redakteure die Ausnahme blieben. Tatsächlich hingen anfängliche Repressionen häufig deutlich weniger von Anordnungen höher Stellen als vielmehr von örtlichen NS-Führern und deren persönlichen Beziehungen zu regionalen Zeitungsjournalisten ab. Den Heimatblättern und der Generalanzeigerpresse verblieben auch im NS-Staat gewisse Spielräume, die ihnen die Nationalsozialisten auch deswegen ließen, weil diese ihre Herrschaft stabilisierten. Zwar begannen ab 1935 Aufkaufversuche nationalsozialistischer Treuhand- und Beteiligungsgesellschaften zuungunsten der bürgerlichen Kleinverleger, doch erst ab Kriegsbeginn verstärkten sich in Schleswig-Holstein weitere Zentralisierungsbemühungen. Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs fanden Stilllegungswellen statt, denen bis 1943 insbesondere die Heimatblätter zum Opfer fielen, während die größten bürgerlichen Zeitungen, KNN und LGA, erst ab 1942 mit der NS-Presse vor Ort zwangsfusioniert wurden. Inhaltlich veränderte sich bei den Zeitungen insbesondere aufgrund von zwei Maßnahmen Entscheidendes: Zum einen etablierten sich im Laufe der Zeit so genannte Presseanweisungen, die vorschrieben, was wo und wie kommentiert in den Zeitungen zu erscheinen hatte. Zum anderen waren alle Journalisten nun allein der offiziellen Regierungspolitik und nicht mehr ihren Verlegern verantwortlich. In den Redaktionen schrieben jetzt so genannte Schutzpersonen die politisch gewünschten Kommentare und vertraten den Verlag nach außen gegenüber den staatlichen Stellen. In der Praxis entwickelten die bürgerlichen Verleger geschickt Strategien, um sich partiell dem Presseüberwachungsprozess zu entziehen. Das hatte weniger mit einer generellen Ablehnung der Politik des Regimes zu tun, als vielmehr mit berufsständischen Abgrenzungen gegenüber den nationalsozialistischen Kontrolleuren.



## Nachkriegszeit

Die bürgerlichen Verleger und Journalisten hatten im NS-Staat tatsächlich keine generelle Resistenzhaltung eingenommen, sondern sich vielmehr eher in Status- und Rivalitätskämpfe mit den neuen nationalsozialistischen Aufsteigern begeben. Im Kern traten wirtschaftliche Konkurrenzinteressen hinter ideologische Differenzen gegenüber dem Regime zurück. In der Nachkriegszeit empfanden sie es dementsprechend als Unrecht der britischen Besatzungsmacht, als sie wegen ihres Mitläufertums z.T. interniert und vorerst an ihrer Berufsausübung gehindert wurden. Die Briten lizenzierten anfangs lediglich (neue) Zeitungen, deren Inhalte die Demokratie befürworteten und deren Mitarbeiter formal unbelastet waren. Doch schon im März 1950 standen den zuerst zugelassenen Blättern schon 39 neuaufgelegte „alte“ Zeitungen gegenüber, die zumeist von den schon im NS-Staat Verantwortlichen herausgegeben wurden. Mit Ausnahme weniger exponierter ehemaliger Mitarbeiter des NS-Gauverlags waren die meisten Journalisten – zum Teil auch NS-belastetes Personal, insbesondere die ehemaligen Schutzpersonen – wieder eingestellt, integriert und politisch rehabilitiert. Der eigene Anteil am Aufstieg und der Herrschaft der NSDAP wurde kollektiv auch in dieser Berufsgruppe verdrängt.

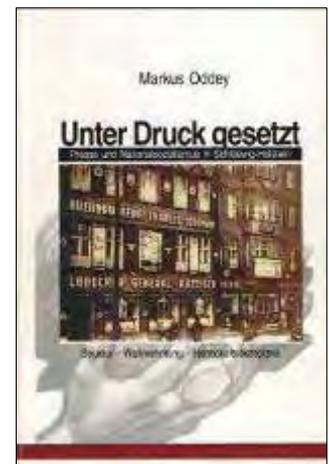
## Literatur

Markus Oddey: Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Struktur – Wahrnehmung – Herrschaftsakzeptanz. Eutin 2006.

Markus Oddey: „Täglich unsere Weltanschauung in das Volk hineingetragen“ Die schleswig-holsteinische NS-Parteipresse und der Gauverlag. In: Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte, Heft 50 (2008), S. 74-95.

Markus Oddey: Lizenzen, Entnazifizierung und Konzentration. Die Presse in Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus nach 1945. In: Demokratische Geschichte 18 (2007), S. 151-165.

Weitere Literaturhinweise finden sich in der Auswahlbibliografie zum Nationalsozialismus unter [www.akens.org](http://www.akens.org)



Herausgegeben vom Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus  
in Schleswig-Holstein e.V.

Web: [www.akens.org](http://www.akens.org) Mail: [post@akens.org](mailto:post@akens.org)

Redaktion: Frank Omland, AKENS E.V., Hamburg / Kiel 2009.

Foto auf der ersten Seite: Verlagsgebäude der Nordischen Rundschau, Kiel. NR 11.4.1938. (Der NS-Gauverlag übernahm nach dem Verbot der sozialdemokratischen Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung dessen Gebäude und Druckereien und produzierte hier anschließend anstelle ihres wöchentlich erscheinenden „Volkskampf“ die NS-Tageszeitung „Nordische Rundschau“).

Hinweis: Dieser Text dient zur ersten Einordnung der Zeitungslandschaft in Schleswig-Holstein und ist keine Zusammenfassung der Dissertation von Markus Oddey. Letzterem danken wir herzlich für die Zurverfügungstellung der beiden farbigen Karten sowie der Korrektur des Endlektorats.



## Schleswig-Holsteinische Presse Druckauflage 1929 und Politische Tendenz im Zeitverlauf bis 1933

| Auflage 1929 | Zeitung   | Erscheinungs-ort | Politische Tendenz der Berichterstattung  |
|--------------|---|------------------|---|
| 70.000       | Kieler Neueste Nachrichten [KNN]  | Kiel             | DNVP  |
| 45.000       | Lübecker General-Anzeiger [LGA]   | Lübeck           | Bis 1930: DVP; bis 1932: tendenzlos, bürgerliche Mitte; danach: bürgerliche Mitte / nat. Opposition inkl. NSDAP |
| 28.000       | Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung [SHVZ]#                           | Kiel             | SPD   |
| 24.200       | Schleswig-Holsteinische Landeszeitung [SHLZ]                            | Rendsburg        | Bis 1930: DDP / Landbund; bis Juli 1932: CSVD; bis Nov. 1932: DVP / DNVP; danach: NSDAP / DNVP                  |
| 21.800       | Nordischer Kurier [NK]  | Itzehoe          | Bis 1932: DVP; danach: bürgerlich / tendenzlos, NS- integrativ  |
| 20.000       | Flensburger Nachrichten [FN]#   | Flensburg        | bis 1930: DVP; seit 1931: DNVP  |
| 20.000       | Altonaer Nachrichten [AN]   | Altona           | DDP / Deutsche Staatspartei / DVP   |
| 17.019***    | Norddeutsche Nachrichten [NN]   | Blankenese       | DNVP  |
| 14.700***    | Der Volkskampf [VK] / Nordische Rundschau [NR]#                         | Kiel             | NSDAP   |
| 14.000       | Lübecker Volksbote [LVB]#   | Lübeck           | SPD   |
| 12.000       | Flensburg AVIS  | Flensburg        | Dänisch   |
| 12.000       | Wandsbecker Anzeiger [WA]   | Wandsbek         | k.A.  |
| 12.000       | Holsteinischer Courier [HC]   | Neumünster       | keine besondere Tendenz   |
| 11.500       | Itzehoer Nachrichten [IN]   | Itzehoe          | Bis 1930: DVP; danach: DVP / DNVP   |
| 10.100       | Heider Anzeiger [HA]  | Heide            | Bis 1930: DNVP / DVP; bis 1932: DNVP / NSDAP; danach: NSDAP / DNVP  |
| 10.000       | Wandsbecker Bote [WB]   | Wandsbek         | DNVP  |
| 9.100        | Schleswiger Nachrichten [SN]  | Schleswig        | Bis 1932: DNVP; danach: NSDAP   |
| 8.500        | Flensburger Generalanzeiger [FGA]                                       | Flensburg        | bis 1929 tendenzlos; bis 1930: DVP; danach: NSDAP   |
| 8.300        | Flensburger Volkszeitung [FVZ]  | Flensburg        | SPD   |
| 8.000        | Husumer Nachrichten [HN]  | Husum            | bis 1932: DNVP  |
| 8.000        | Das Landvolk [LV]   | Itzehoe          | Landvolkbewegung  |
| 8.000        | Kieler Zeitung [KiZ]  | Kiel             | Bis 1931: DVP (DDP); danach: NSDAP  |
| 8.000        | Oldesloer Landbote [OL]   | Bad Oldesloe     | Bis 1931: DVP; danach: DNVP   |
| 7.500        | Pinneberger Tageblatt [PT]  | Pinneberg        | Bis 1931: DVP / DNVP; danach: DNVP  |
| 7.500        | Segeberger Kreis- und Tageblatt [SKTB]                                  | Bad Segeberg     | Bis 1930: CSVD und WP; bis 1931: DVP / DNVP; danach: DNVP / NSDAP   |
| 6.000        | Ost-Holsteinisches Tageblatt [OHTB]                                     | Plön             | DNVP  |
| 5.850*       | Altonaer Tageblatt [AT]   | Altona           | Bis 1930: DVP / DDP; nach Verkauf: DNVP   |
| 5.400        | Elmshorner Nachrichten [EN]   | Elmshorn         | DNVP  |
| 5.100        | Anzeiger für das Fürstentum Lübeck, ab 1938 Eutiner Kreisanzeiger [AFL] | Eutin            | Bis 1930: DNVP / DVP; bis 1932: DNVP / NSDAP; danach: NSDAP / DNVP  |
| 4.420        | Lecker Anzeiger [LA] / Südtondernsche Zeitung [STZ]                     | Leck             | Bis 1930: DVP; bis 1931: CSVD / Landvolk; danach: NSDAP   |
| 4.200        | Eckernförder Zeitung [EFZ]  | Eckernförde      | seit 1931: DNVP   |
| 3.800        | Schleswig-Holsteinische Tageszeitung [SHTZ]                             | Itzehoe          | NSDAP   |
| 3.600        | Rahlstedter Neueste Nachrichten [RNN]                                   | Rahlstedt        | k.A.  |
| 3.500        | Dithmarscher Landeszeitung [DLZ]  | Meldorf          | Bis 1932: DVP; ab 1932: DNVP; ab 1933: DNVP / NSDAP   |
| 3.500**      | General-Anzeiger für Neumünster [GANMS]                                 | Neumünster       | Bis 1929: DVP / DNVP; danach: tendenzlos  |
| 3.500        | Ostholsteinische Zeitung [OHZ]  | Neustadt         | DNVP  |
| 3.200**      | Schlei-Bote [SB]  | Kappeln          | Bis 1930: DVP / DNVP; bis 1931: DNVP; danach: DNVP / NSDAP  |
| 3.200        | Uetersener Nachrichten [ÜN]   | Uetersen         | Bis 1931: DVP; bis 1932: DNVP; danach: NSDAP / DNVP   |
| 3.000*       | Elmshorner Zeitung [EZ]   | Elmshorn         | DDP / Deutsche Staatspartei   |
| 3.000        | Mamer Zeitung [MZ]  | Mame             | Bis 1930: DNVP / DVP; bis 1932: DNVP / NSDAP; danach: NSDAP / DNVP  |

\*Auflage 1927; \*\*Auflage 1928; \*\*\*Auflage 1933

#1933 mit der örtlichen NSDAP-Zeitung zwangsfusioniert (SPD-Parteizeitungen im Frühjahr 1933 entschädigungslos enteignet). Hinweis: nur Zeitungen mit einer Mindestauflage in Höhe von 3.000 und mehr wurden aufgenommen.

